

8. Antrag der Fraktion Wählergemeinschaft Die Grünen betr. Sichere Hafenstadt" (Vorlagen-Nr. 2019/0231)

8.a. Gemeinsamer Antrag zum TOP 8 der SPD-Fraktion und Fraktion DIE Linke betreffend Beitritt zum Bündnis „sichere Häfen“ (Vorlagen-Nr. 2019/0293)

Die Tagesordnungspunkte 8 und 8 a werden gemeinsam behandelt.

Herr Westermann erläutert den Antrag ergänzend und zitiert Passagen aus einem Buch über ein geflüchtetes Mädchen.

Der stellvertretende Bürgermeister Großer übernimmt zwischenzeitlich für wenige Minuten die Sitzungsleitung.

Herr Alinaghi erklärt, was Seenot per Definition bedeute. In den von Herrn Westermann genannten Fällen sei keiner der Faktoren gegeben. Die Flüchtlinge würden sich durch ihre Schlepper bewusst und vorsätzlich in eine derartige Notlage bringen. Für ihn bedeute Rettung, dass man die Menschen, nachdem sie aufgenommen worden seien, in den nächstgelegenen Hafen bringe, auch um sie gegebenenfalls medizinisch zu versorgen. Auch der aktuelle Fall der Seawatch sei keine Seenotrettung, sondern illegale Schlepperei. In Herrn Westermanns Antrag sei die Rede von 2500 Menschen, die im Jahr 2018 ertrunken seien. Da möge menschlich gesehen eine Rettung geboten zu sein, andererseits sei es genau diese Hoffnung auf Rettung, die viele Menschen aus Westafrika nach Libyen treibe. Durch die Unterstützung der Rettungsorganisationen würde das Geschäftsmodell der Schleuser angetrieben. Die Schleuserei sei ein milliardenschwerer Markt für Schlepperbanden. Daher müsse man die Tätigkeiten der Rettungsorganisationen auf hoher See beschränken.

Zudem hätten 90 % der Migranten, die aus Libyen kommen, keine Chance in Europa als Asylbewerber oder als Flüchtling anerkannt zu werden. Mit dem Antrag würde man das Handwerk der kriminellen Schlepper unterstützen. Aus diesem Grunde lehne die UBP den Antrag ab.

Herr Nickholz erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE ergänzend. Den Antrag der Fraktion WG Die Grünen könne die SPD nicht mittragen.

Herr Terhorst beantragt die Verweisung des Antrags in den Sozial- und Gesundheitsausschuss.

Herr Wenzel spricht sich gegen die Verweisung des Antrags aus.

Der Verweisungsantrag wird bei 15 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Herr Terhorst betont, dass eine intensive Beratung des Antrags nicht möglich sei und die CDU-Fraktion den Antrag der SPD ablehnen werde, da es sich um einen reinen Symbolantrag handele, der nicht greifbar sei. Es sei fraglich, warum man im Rat noch

einmal darüber reden müsse, wenn es doch angeblich im Sozialausschuss laut Herrn Wenzel schon thematisiert worden sei. Bei dem Antrag der WG Die Grünen werde die CDU sich enthalten, weil man gerne noch mehr Informationen zur Umsetzung gehabt hätte. Im Sozialausschuss habe man dagegen gestimmt, weil es in Deutschland ein Verfahren gebe, nach dem Flüchtlinge verteilt werden. Dieses Verfahren gebe es seit vielen Jahrzehnten und dieser Schlüssel sei richtig. Die CDU sei der Auffassung, dass die Stadt nicht aussuchen sollte, wen sie aufnehme und wen nicht. Der Antrag der WG Die Grünen gehe darüber hinaus und addiere zu den zugewiesenen Flüchtlingen auch die in Seenot geratenen Flüchtlinge. Hierzu hätte man gerne zunächst eine Auskunft gehabt, ob dies überhaupt möglich wäre.

Bürgermeister Arndt betont, dass der der Königssteiner Schlüssel nicht nur Flüchtlinge, sondern auch die Finanzmittel zuweise. Der Antrag der WG Die Grünen beinhalte eine freiwillige zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen und damit auch eine freiwillige Übernahme der zusätzlichen Kosten. Ob eine am Stärkungspakt beteiligte Kommune dies dürfe, könne er nicht einschätzen.

Herr Westermann erklärt, dass er sich nicht streiten wolle und daher auch nichts zu den unsäglichen Äußerungen des Herrn Alinaghi sagen werde. Zu den Äußerungen von Herrn Wenzel müsse er anmerken, dass dieser Punkt noch nicht im Sozialausschuss behandelt worden sei. Das Thema sei neu und unterscheide sich maßgeblich von den Sachen, die man bisher beantragt habe. Bisher hätten 63 Städte diesen Beschluss gefasst.

Herr Wenzel merkt an, dass der Antrag natürlich appellativen Charakter habe und man wisse, wie die Stimmung in der Bevölkerung sei. Bei bestimmten Themen müsse man Kante zeigen und sich nicht enthalten. Hier gehe es darum, dass die LINKEN gemeinsam mit der SPD sagen, dass es Regularien gebe, wie Flüchtlinge verteilt werden. Dazu werde man sich nicht äußern, aber man wolle sich dazu äußern, dass nicht in Ordnung sei, dass billigend in Kauf genommen werde, dass Kinder, Frauen und Männer im Mittelmeer ertrinken. Dazu sollte der Rat sich positionieren.

Herr Heinze führt aus, dass es sich um ein Thema handele, dass schwierig darzustellen sei, weil gesellschaftlich geübte Verfahren, wie erkannte Probleme zu lösen seien, bei diesem Thema nicht mehr funktionieren. Herr Wenzel habe den einzigen Punkt angesprochen, über den es keine Diskussion geben dürfe. Wenn jemand im Wasser drohe zu ertrinken, dann müsse man ihn rausholen. Aber auch die Frage müsse erlaubt sein, ob man nicht befördernd sei, für ein System, das Menschen in Gefahr bringe, wenn man auf der anderen Seite nicht auch die Konsequenz aus den verschiedenen Fluchtursachen ziehe. Man könne nicht erwarten, dass jemand, der aus der Mitte Afrikas komme, die Diskussion hier verfolge. Er wisse zwei Dinge. Zum einen habe dieser Mensch die Hoffnung nach Europa zu kommen und zum anderen reiche das, was er den kriminellen Schleppern zahle, für den Jahresunterhalt der Familie im Heimatland. Es stelle niemand in Frage, dass man Menschen, die am Ertrinken seien, retten müsse, man müsse aber auch alles tun, damit diese Menschen gar nicht erst auf diese Boote steigen und das Vermögen ihrer Familie für eine aussichtslose Sache ausgeben. In der ganzen Diskussion um dieses Thema habe ihn sehr gewundert, dass man eine deutlich zurückgegangene Zahl an Flüchtlingen über das Mittelmeer und auch an Opfern

verzeichne. Er halte den Ansatz der CDU, das Thema in etwas unaufgerechterer Atmosphäre auf die Umsetzbarkeit zu überprüfen für nicht schlecht. Sicherlich könne man darüber beschließen, ab sofort ein sicherer Hafen zu sein, aber was dies im Einzelnen bedeute, sei noch nicht klar.

Frau Fleisch erklärt, dass wenn man über Fluchtursachen rede, auch wissen müsse, dass man mittlerweile eine Entwicklungshilfe habe, die mehr auf PPP-Projekte für die Wirtschaft setze. Maßgeblich sei auch die Freihandelspolitik von Seiten der EU. Das seien die größten Fluchtursachen und man müsse zusehen, dass man auch auf Bundesebene wieder eine vernünftige Entwicklungshilfe bekomme. Natürlich müsse man klare Kante zeigen. Mit jedem Ertrinkenden ertrinke auch ein Stück Menschenrecht. In diesem Jahr seien bereits 1500 Menschen ertrunken. Das Thema sei über Jahre verschleppt worden und es müsse endlich etwas getan werden. Daher wäre es gut und wichtig, wenn Marl diesem Bündnis beitrete.

Herr Terhorst merkt an, dass er froh sei, dass die SPD sich selbst demaskiert habe und gesagt habe, dass es sich um einen appellativen Antrag handle. Der Antrag sei wirkungslos. Wenn klare Kante zeigen bedeute, dass man Anträge ohne Wirkung stelle, dann habe er heute etwas dazugelernt. Man müsse auch erkennen, was hier seit einiger Zeit passiere. Die WG Die Grünen haben am 18. Juni den Antrag gestellt. Fast einen Monat später komme dann ein Antrag von SPD und LINKEN. Es gehe wieder nur darum, seinen Aufkleber darauf zu kleben. Die CDU könne das nicht mittragen, denn es gebe gute Gründe dafür, dass man sich zunächst informieren sollte, was eine über das Maß hinaus bedeutende Aufnahme von Flüchtlingen für Auswirkungen auf den Haushalt oder für die Quote bedeute. Es sei unnötig, den Antrag hier durchzupfeitschen, vor allem dann, wenn dadurch keinem einzigen Flüchtling geholfen werde. Er fragt, ob den Antragsstellern bereits bekannt sei, dass man den Flüchtlingen gar nicht helfen könne und es daher nur bei einem Appell bleibe.

Bürgermeister Arndt betont, dass alleine in den letzten Tagen vier Anträge der CDU-Fraktion zu vorhandenen Anträgen eingegangen seien.

Herr Göddenhenrich merkt an, dass der Versammlungsleiter neutral sein sollte.

Herr Dr. Heemeyer erklärt, dass es schwierig sei zu bestimmen, welcher Antrag weitergehend sei und daher der Sitzungsleiter entscheiden müsse. Er persönlich würde den Ursprungsantrag als den weitergehenden betrachten.

Der Antrag der Wählergemeinschaft Die Grünen wird bei 3 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt.

Der Rat beschließt bei 18 Gegenstimmen und einer Enthaltung:

1.

Der Rat der Stadt Marl unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ und erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.

2.

Der Rat appelliert an die Bundes-und Landesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine gerechte europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter*innen entgegenzutreten.